

Hamburger Abendblatt



Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertreter: ...

Währungskarussell

Wie immer man zur Frage nach einer Aufwertung der D-Mark steht, ob man sie für notwendig und unabweichlich oder für überflüssig und geradezu schädlich hält, über eines ist man sich heute weitgehend einig: So wie in den letzten Tagen und Nächten nicht mehr weitergehen. Das Währungskarussell, dem neben der D-Mark ja auch der Franc, das Pfund und selbst der Dollar sind, rotiert mit zunehmender Schnelligkeit nun mittels endlich klare Entscheidungen fallen, wie immer sie aussehn mögen.

Das Widersagen an der augenblicklichen verfahrenen Lage ist, das rein wirtschaftliche Gesichtspunkte keineswegs überleitet und dazu noch einschneidende Wirtschaftsmaßnahmen erfordern. Dies gilt sowohl für Frankreich und England als auch für die USA und nicht zuletzt für die Bundesrepublik. Kaum jemand wird sich heute noch der Einsicht verschließen, daß es einer internationalen Neuordnung der Währungsbeziehungen bedarf. Auch maßgebliche Sprecher der Bundesrepublik, die wieder einmal im Mittelpunkt internationaler Währungsdebatten nicht, haben in jüngster Zeit mehrfach versichert, daß Bonn sich weltweiten Währungsgeprüchen und auch einer Aufwertung der D-Mark keineswegs entziehen will.

Was jetzt aber wieder an den internationalen Devisenmärkten geschieht, droht den ordnenden Händen zu ent-

gleiten und kann allein aus markttechnischen Gründen Entscheidungen erzwingen, die einzig der Lösung nicht oder zumindest noch nicht nötig gewesen wären. Die sogenannte Spekulation (weitgehend völlig legale und ökonomisch sinnvolle Transaktionen der Wirtschaft) hat in den letzten Tagen und Wochen in Erwartung einer Aufwertung der D-Mark gewaltige Devisenbewegungen in die Bundesrepublik geschauvelt und D-Mark gekauft, um sich vor Kursverlusten zu schützen. Obwohl die Gesamtsumme dieser nun wieder eingetrossen Devisen (seit dem Rücktritt des Goulois bis heute wertmäßig etwa 5 Mrd. DM) nicht oder auch noch nicht die Devisenüberschüsse vom Herbst vergangenen Jahres erreicht hat (damals waren es mindestens 10 Mrd. DM), ist die Lage ernst genug. Die Bundesregierung muß sich dabei im Zusammenwirken mit der Bundesbank und möglichst auch den Regierungen bzw. Notenbanken der anderen großen westlichen Länder zu einer schnellen Lösung durchringen, wenn es nicht doch noch zu einem Währungschaos kommen soll, von dem man heute sicherlich noch nicht sprechen kann.

Allerdings kann man das offizielle Botschaftsamt nicht anrechnen, daß bei der Entscheidung über eine Aufwertung der D-Mark mitwirken, nicht von dem Vorwurf freisprechen, daß eifertige Geschwätzigkeit viel Schuld an der augenblicklichen Währungssituation hat. Kann man es dem Ausland überlassen, daß es sich in Mark engagiert, nachdem maßgebliche Sprecher in der Bundesrepublik die Möglichkeit einer Aufwertung der Mark zu frühzeitig ins Gespräch gebracht haben? Viel zu spät hat der Kanzler seine Mannschaft zu größerer Diskretion in diesen prekären Fragen aufgefordert. Nun wird man die Geister, die man rief, nicht mehr los.

Alle Welt wartet nun gespannt darauf, welche Entscheidung heute und morgen auf diesem Wochenende in Bonn fallen. Möglicherweise wäre die Entscheidung längst gefallen, wenn nicht noch immer große Worte des Kanzlers und seines Finanzministers im Raume stünden. Sie waren es vor allem, die eine Aufwertung in dieser Legislaturperiode als abwegig und gänzlich unwahrscheinlich bezeichneten. Nun drücken die Fesseln, die sich selbst angelegt haben, und alle Entscheidungen für oder wider haben damit auch politisches Gewicht.

Wenn es nicht zu einer neuen weltweiten Währungskrise kommen soll, dann müssen jetzt schnell klare Entscheidungen fallen. Die Konsequenzen einer eventuellen Aufwertung der D-Mark sind für weite Bereiche der deutschen Wirtschaft gewiß höchst unangenehm; aber eine permanente Weltwährungs- und ökonomischen Zuständen an den internationalen Devisenmärkten könnte schließlich Folgen haben, die kaum weniger Spuren hinterlassen würden.



„Pat“ Nixon war in Gefahr

In unmittelbarer Nähe von „Pat“ Nixon, der Frau des US-Präsidenten, kam es gestern in Washington zu einer wilden Schießerei, die ein Todesopfer und einen Schwerverletzten forderte. Der Feuerwechsel spielte sich in der Stadtmitte Washingtons ab, nur 50 Meter von einem Klub entfernt, in dem Mrs. Nixon gerade an einem Essen teilnahm. Als die Frau des Präsidenten das Lokal verließ, sah sie den Toten und den Schwerverletzten, einen US-Offizier und einen Polizisten, auf dem Pflaster liegen. Sekunden vorher waren die beiden Menschen von einem Farbigen, der wegen eines Diebstahls verhaftet werden sollte, niedergeschossen worden. Mrs. Nixon bestieg sofort mit ihren Leibwächtern ihre gepanzerte Limousine und verließ die gruselige Szene.

Bonn spart bei Rentner-Besuchen

Penbliche Fragen an Gäste von drüben

Von unserem Redaktionsmitglied Egbert A. Hoffmann

Mitteleuropäische Rentner, die zu Besuch in die Bundesrepublik kommen, dürfen kostenlos mit der Bundesbahn nur zu Verwandten ersten Grades fahren. Reisen zu Neffen und Cousins hingegen müssen voll bezahlt werden. Diese Regelung, die das Gesamtdeutsche Ministerium vollzogen hat, führt — wie aus Briefen hervorgeht — zu wachsenden Unzufriedenheiten: Gäste und Gastgeber müssen jetzt finanzielle Bedürftigkeit und den Verwandtschaftsgrad des besuchten Angehörigen glaubhaft machen.

Bei früheren Rentnerbesuchen war wesentlich großzügiger verfahren worden: Die Besucher hatten bei der Bundesbahn grundsätzlich freie Fahrt. Die Kosten übernahm Bonn. Die einseitige Regelung hat dazu geführt, daß auch zahlreiche Städte ihre Verwaltungen für Rentner drastisch eingeschränkt haben.

Hamburg gewährt nach wie vor kostenlosen Fahrten auf sämtlichen Verkehrsmitteln sowie erhebliche Preisvergünstigungen bei Theater- und Opernbesuchen. Ferner reduzierte in trittspreise für Kinos, Pflanzen und Blumen und Hagenbeck. Außerdem erhält jeder Rentner 55 Mark im Jahr.

Das Gesamtdeutsche Ministerium sollte diese bislang nur geduldet geäußerten Klagen nicht einfach vom Tisch legen. Es gab eine Zeit, da wurde jeder Zug mit mitteleuropäischen Rentnern in die Bundesrepublik noch wie ein Geschenk nach bitteren Jahren der Familienrentierung empfangen. Wie kleinräumig wirkt dagegen die neue „Regelung“ aus Bonn! Sie sollte korrigiert werden und zwar schnell.

In Brüssel tritt heute der Währungs-ausschuß des Gemeinsamen Marktes zusammen. In ganzen sollen gestern Milliarden-Beträge an Auslandsdevisen im Tausch gegen DM nach Deutschland geflossen sein. Man spricht von einem neuen Tugerkord im Zustrom von „heißen Geld“.

In New York soll der DM-Umsatz auf ein Rekordniveau gestiegen sein, das selbst die Tagesumsätze der Währungs-krise im vergangenen November übersteigt. Am Pariser Devisenmarkt schloß der französische Franc am Donnerstag gegenüber dem Dollar auf dem absolut niedrigsten Stand.

Kiesinger in der Klemme

Fortsetzung von Seite 1

Tagen hat er dies unmißverständlich gefordert. Nach übereinstimmender Bonner Meinung befindet sich Bundeskanzler Kiesinger in der Klemme. Nach gestern versuchte er, in achtstündigen Verhandlungen mit Spitzenpolitikern der CDU/CSU Rückendeckung für sein Nein zur D-Mark-Aufwertung zu finden. Weitere Schlagzeilen an der Währungsfront waren gestern: Milliarden an Auslandsdevisen fließen in die Bundesrepublik. Der Zentralbankrat diskutierte stundenlang die Währungssituation.

Wiederholt gefordert, das Gesamtschulsystem müsse zunächst in langfristigen Experimenten gründlich erprobt werden. Schröder: „Wissenschaftlich durchgeführte Versuche entsprachen immer den Vorstellungen der CDU. Nur dadurch kann man die bildungspolitischen Diskussion weiterkommen.“ Erprobt werden sollen, wie Schröder sagte, verschiedene pädagogische Formen und unterschiedliche Modelle. Das Großexperiment soll wissenschaftlich vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet werden. Diese Arbeit dürfe in erster Linie den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in Zusammenarbeit mit den Schulverwaltungen übertragen werden.

50000 Studenten im Streik

Auch in Hamburg stimmten sie für den Ausstand

nicht nur für Fahrzeugtechnik sprächen sich 64,3 Prozent, an der Ingenieurschule für Tabaktechnologie 58 Prozent der Studenten für einen Streik aus. In Buxtehude verbrannten Studenten der Staatlichen Ingenieurschule für Bauwesen Briefe des niedersächsischen Ministeriums, daß ein Streik nicht durchgeführt werden, den Streik bis Montag zu beenden. Das Ministerium droht allen streikenden Ingenieurschülern mit Exmatrikulation.

In Berlin prügelten sich an der Staatlichen Ingenieur-Akademie für Bauwesen Streikposten und Studenten, die lernen wollten.

Die Mindestforderungen der Studenten sind unter anderem: Das Studium muß eine einheitliche Qualifikation für das Studium an den Hochschulen ermöglichen. Der Numerus clausus wird abgelehnt. Die Schranken zwischen Hochschulen und Fachhochschulen sollen durch die Bildung der Fachhochschulbereichs fallen. Die weiteren Forderungen: Politisches Mandat der Studentenschaft und gleichberechtigte Mitbestimmung in den Gremien.

In Hamburg streikten am Freitagvormittag auch die Schüler. Sie wollten mit diesem Streik gegen die ihrer Ansicht nach starke Haltung der Schulbehörde in Bezug auf die Mitbestimmung der Schüler protestieren. (Siehe auch S. 5.)

Sandige Rache

Nicht immer äußert sich das Verhältnis des Bürgers zu seinem Finanzamt so dröckig wie in diesem Fall. Aus Ärger darüber, daß ihm das Finanzamt eine Steuer-rückzahlung verweigerte, beschloß der Londoner Steuerzahler Peter Norcot, den Eingang dieser Beträge mit Sand zuzuschütten. Als die ersten Schaufeln in den Eingang kloischten, eilte der entsetzte Portier herbei, um den empörten Steuerzahler zu stoppen.

Großversuch mit der Gesamtschule

Wissenschaftlich überwachte Experimente im ganzen Bundesgebiet geplant

Eigener Bericht: In Hamburg, 9. Mai. Die Bildungsmittel des Deutschen Bildungsrates will in Kürze vorschlagen, im ganzen Bundesgebiet wissenschaftlich überwachte Experimente mit Gesamtschulen zu machen. Gedacht ist dabei an die Einrichtung von rund 50 Versuchsschulen, wie der Hamburger Bildungspolitiker Horst Schröder (CDU) dem Abendblatt mitteilte. Das Experiment würde sowohl der SPD als auch der CDU, die in Fragen der Schulreform verschiedener Meinung sind, entgegenkommen. Die SPD befürwortet bei der Reform die Einführung der Gesamtschule, die CDU hat dagegen wiederholt gefordert, das Gesamtschulsystem müsse zunächst in langfristigen Experimenten gründlich erprobt werden. Schröder: „Wissenschaftlich durchgeführte Versuche entsprachen immer den Vorstellungen der CDU. Nur dadurch kann man die bildungspolitischen Diskussion weiterkommen.“ Erprobt werden sollen, wie Schröder sagte, verschiedene pädagogische Formen und unterschiedliche Modelle. Das Großexperiment soll wissenschaftlich vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet werden. Diese Arbeit dürfe in erster Linie den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in Zusammenarbeit mit den Schulverwaltungen übertragen werden.

Einzigartig in Europa: RICHTER-Zentrum Schenefeld

Mit der lückenlosen Garantie für sehr niedrige Barkauf-Preise in vielen großen eigenen Hallen mit 110 Schaufenstern die überragende Auswahl eines sehr großen Polstermöbel-Spezialhauses und ein überwältigendes Angebot schöner Wohnschränke und Schrankwände und eine unwahrscheinliche internationale Stilmöbel-Schau... und eine Ledermöbel-Auswahl, die es kaum noch einmal gibt und sehr viele absolut einmalige RICHTER-Angebote und ständig Sonderangebote wie Muster- und Ausstellungsstücke zu sehr weit herabgesetzten Preisen, oft weit unter Fabrikpreis! — Das sollten Sie vor jedem Einkauf unbedingt vergleichen! Unsere hervorragende Position unter den größten Spezialhäusern Europas verdanken wir dem eingehenden Preisvergleich unzähliger Kunden! — Weil wir in eigenen Hallen viele Millionen Barkaufumsätze erreichen, können wir mit einer Kalkulation arbeiten, mit der wir uns ohne Ausnahme auf jeden Preisvergleich freuen! Um der Tradition unseres Hauses für Sonderleistungen zu entsprechen, werden wir in wenigen Monaten eine noch viel größere Auswahl zeigen. Darum haben wir durch Grundstücks-Kauf und eingeleitete Neubauten eine Erweiterung unserer Betriebsflächen in Schenefeld auf 40 000 qm Verkaufsräume, Lagerhallen, Parkplätze, Büros usw. vorgesehen!

RICHTER Europas großes Spezialhaus für Polstermöbel, Wohnschränke und Schrankwände Schenefeld bei Hamburg — Lonsenstraße 125 — Ruf Hamburg 83 00 771

BUSTE WELT

Hiebe für Kinder? Etwa 70 Prozent aller Eltern sollen nach Meinungsumfragen für die körperliche Züchtung ihrer Kinder sein. Das behauptet die Humanistische Union in einem Schreiben an die Kultusminister der Länder.

Carpenter verläßt die Navy Der 44jährige US-Fregatkapitän Scott Carpenter, der einzige Astronaut der bisher zum



„Aquanauten“ umgestiegen ist, wird die US-Navy zum 1. Juli verlassen. Er geht in die Privatwirtschaft und wird sich weiterhin mit Ozeanografie befassen.

Schweden ohne Vorträge Stockholm und die anderen großen Städte Schwedens sind heute ohne Vorträge angekündigt. Die rund 800 Lokführer dieser Züge streiken wegen ihres Lohnes.

Neun Polen blieben in Oslo Neun Polen sind in Oslo von dem polnischen Touristenschiff „Baton“ geflüchtet. Vier von ihnen haben sofort um Asyl gebeten. Ihr Fluchtgrund war schlechte Arbeitsbedingungen.

Übungen auch in Ferien Auch in der Ferienzeit müssen nach Mitteilung des Verteidigungsministeriums Reservisten zu Wehrübungen einberufen werden.

Anzeige: backe besser mit Gloria Mehl

werden. Wegen der beschränkten Aufnahmefähigkeit der Übungsplätze müßten diese während des ganzen Jahres genutzt werden.

Camper bleiben im Lande Nach Mitteilung des Deutschen Camping-Clubs wollen 60 Prozent aller deutschen Camper in diesem Jahr im Lande bleiben. 53 Prozent von ihnen zieht es an die Nord- und Ostsee-Küste.

Die neunte Todesanzeige Der sowjetische Generalleutnant Jewgeni Smirnow, stellvertretender Leiter der Pioniertechnischen Abteilung im Verteidigungsministerium, ist im Alter von 51 Jahren gestorben. Er ist der neunte Sowjet-Generale, dessen Tod innerhalb der letzten 18 Tage von der Armeezzeitung „Roter Stern“ gemeldet wurde.

1,6 Mill. DM für Erdrauf Ein Exemplar der Erstauflage der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die am 4. Juli 1776 bei Danlap in Philadelphia gedruckt wurde, erzielte gestern auf einer Auktion in Philadelphia den Höchstpreis von 400 000 Dollar (1,6 Mill. DM).

Ehe im Gefängnis? In den deutschen Strafalten sollen nach Ansicht des evangelischen Oberkirchenrats Erbfürst aus Amberg (Oberpfalz) für langjährige verheiratete Häftlinge die Voraussetzung zu ungezügelter Zusammensein mit dem Ehepartner geschaffen werden.

Preiswerte Beleidigung Als sehr preiswert erwieis sich vor dem Passauer Amtsgericht eine Beleidigung, die sich eine Hausfrau gegenüber einer Nachbarin geleistet hatte. Im höchsten Zorn hätte sie ihrer Gegnerin zugerufen: „Mei A... a Schönheit gegen die G'sicht!“ Der Richter ahndete diese Verunglimpfung mit nur zehn DM Geldstrafe.